

10. Juli 2013

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 04.07.2013

Einen bisher nicht gekannten Zuspruch hatte die **Einwohnerfragestunde**. Der Rathaussaal war gefüllt von den Mitarbeitern des Nahverkehrsbetriebes GVB, die mit ihren Fragen auch den wesentlichen Inhalt der Einwohnerfragestunde bestimmten. Da ging es vor allem um den Erhalt der Arbeitsplätze, die Lohnfortzahlung bis zum Jahresende, die Abwendung einer drohenden Insolvenz und die Verwirklichung des Stadtbahnprogramms, Stufe II. Insbesondere hinterfragten die Mitarbeiter des GVB die Aktivitäten und Ergebnisse der Oberbürgermeisterin in ihren Gesprächen mit der Thüringer Landesregierung. Die Antworten der Verwaltungsspitze überzeugten die Mehrzahl der Anwesenden nicht, das widerspiegelten die zahlreichen Nachfragen zur Haltung der OB bei der Verwirklichung des Stadtratsbeschlusses und Kritiken an den Antworten der OB.

Darüber hinaus ging es in der Einwohnerfragestunde um die Grundwassersituation in einer Zwötzener Gartenanlage. Des Weiteren ging es um zu hohe Grenzwerte für elektromagnetische Felder und die Abwendung von Gefahren aus einer krankmachenden elektromagnetischen Strahlung durch kommerzielle Hochfrequenzanlagen (u.a. Mobilfunkantennen) in Lusan.

Auch hier überwog die Unzufriedenheit bei den Anfragenden gegenüber den Antworten der Verwaltung.

Zu Beginn der Sitzung des Stadtrates verlas die OB einen Aufruf gegen die beabsichtigte Nazi-Veranstaltung am 06.07. in Erinnerung der gemeinsamen Erklärung von Stadtrat und Verwaltung (Runder Tisch) vom 18. April 2013:

*Sehr geehrte Damen und Herren Stadtratsmitglieder,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gera,*

ich erinnere an unseren gemeinsamen Aufruf

*vom 18. April dieses Jahres „**Gesicht zeigen für unsere Demokratie! Gera – bunt, tolerant und weltoffen. Kein Platz für Nazis**“.*

Übermorgen, am Samstag, den 6. Juli, wird die NPD erneut ihre rechtsextremistische und demokratiefeindliche Propagandaveranstaltung „Rock für Deutschland“ in unserer Stadt durchführen. Wir wollen auch in diesem Jahr wieder ein deutliches Zeichen setzen und gegen diese Veranstaltung in unserer Stadt demonstrieren.

Wir werden dabei nicht nur durch ein breites gesellschaftliches Bündnis aus demokratischen Parteien, den Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden wie auch von überregionalen Bürgerbündnissen unterstützt, sondern auch:

- *durch die Präsidentin des Thüringer Landtages,
Frau Birgit Diezel,*
- *die Bundestagsabgeordneten,
Ralph Lenkert und Peter Röhlinger*
- *den Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag,
Herrn Bodo Ramelow*
- *durch die Landrätin des Landkreises Altenburger Land,
Frau Michaela Sojka,*
- *durch den Oberbürgermeister der Stadt Jena,
Herrn Albrecht Schröter,*
- *durch den Oberbürgermeister der Stadt Weimar,
Herrn Stefan Wolf*
- *durch den Landrat des Saale-Holzland-Kreises,
Herrn Andreas Heller*

Ich rufe Sie, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

*ich rufe Sie, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und der städtischen Unternehmen
wie auch alle Bürgerinnen und Bürger auf:*

Zeigen Sie Gesicht! Zeigen Sie, dass Gera eine weltoffene, tolerante Stadt ist.

*Zeigen Sie, dass hier kein Platz ist für Nazis und ihr menschenverachtendes, Hass und Gewalt
verherrlichendes Gedankengut! Übernehmen Sie Verantwortung für unsere Demokratie! Wir brauchen
Sie bei unseren friedlichen Aktionen gegen dieses Hasskonzert.*

Kommen Sie am 6. Juli zum Ökumenischen Friedensgebiet in die St. Salvatorkirche um 11:00 Uhr!

*Kommen Sie ab 12:00 Uhr zur Kundgebung des Runden Tisches und des DGB am Geraer Hauptbahnhof,
Ecke Amthorstraße/Friedrich-Engels-Straße!*

Heftige Diskussionen gab es zur Entscheidung der OB den **Tagesordnungspunkt**
„Hochwasserkatastrophe 2013 in Gera“ vom Stadtrat am 04.07. abzusetzen. Das Thema **soll in**
der September-Sitzung behandelt werden.

Eine Mehrheit des Stadtrates entschied sich auch dafür, die Vorlagen zur Auflösung der Eigenbetriebe

- Kultur- und Veranstaltungsmanagement (60/2013) und
- Geraer Stadtgrün, Forsten und Friedhöfe

nicht zu behandeln und aus Qualitätsmängeln in die Verwaltung zurück zu verweisen.

Erstes Sachthema war der **Haushaltsentwurf für das Jahr 2013**.

Die OB beschwor die Einheit des Stadtrates für eine Zustimmung zum Haushalt.

Die Diskussion dazu verlief kontrovers.

Während die LINKE. und SPD den vorgelegten Entwurf ablehnten machten die Grünen ihre

Zustimmung von einer Gewerbesteuererhöhung und Personalreduzierung im Bereich

Öffentlichkeitsarbeit der OB abhängig. Die Fraktionen Arbeit für Gera, die Bürgerschaft und die CDU-Fraktion stimmten Mehrheitlich für den Haushalt.

In einem sehr ausgewogenen **Redebeitrag durch Mike Huster (DIE LINKE.) wurde die ablehnende Haltung der Fraktion begründet**, die sich insbesondere

- aus der Verletzung des Grundgesetzes der BRD
- der Verletzung der Verfassung des Freistaates Thüringen und
- einer völlig unzureichenden Finanzausstattung durch das Land Thüringen

ergibt.

Jährlich geforderte Einsparungen in der Stadt von 8 Mio. € bis 2013, keine Investitionen bis 2023 und sinkende Schlüsselzuweisungen durch das Land können unmöglich – ohne verheerende Folgen – durch die Stadt aufgebracht und akzeptiert werden.

(Redebeitrag Andreas Schubert)

Die, die OB tragenden Fraktionen, benutzten das Gespenst der drohenden Zahlungsunfähigkeit der Stadt als Totschlagsargument gegen eine Haushaltsablehnung. Sie sehen zu den Auflagen der Kommunalaufsicht und zum Eckwertepapier zur Haushaltssicherung bis 2023 keine Alternative.

Die anschließend durchgeführte **Wahl des 1. hauptamtlichen Beigeordneten**

(Finanzbürgermeister) brachte wiederum kein Ergebnis, weil der Kandidat der OB – Herr Ch. Klein aus der CDU-Fraktion – genau wie bereits im Mai-Stadtrat nicht die erforderliche Stimmzahl erreichte.

Angesichts dieser Tatsache müssten sowohl bei der OB wie auch bei allen Fraktionen des Stadtrates endlich die Erkenntnis wachsen, das sowohl **das bisher angewandte Auswahlverfahren wie auch das Wahl-Prozedere sehr kritikwürdig sind und einer dringenden professionellen wie demokratischen Änderung bedürfen**. Der Zweck heiligt nie die Mittel!

Darüber hinaus hat der Stadtrat bestätigt:

Die Aufnahme von Personen in die **Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen** am Amtsgericht und Landgericht (67/2013)

Die **Bestellung eines Wahlleiters** und des stellvertretenden Wahlleiters für die Stadt Gera (74/2013)

Die **Satzung über die Benutzung der Horte an Grund- und Gemeinschaftsschulen** der Stadt Gera (Hortbenutzungssatzung – 58/2013)

Die **Gebührensatzung über die Benutzung der Horte in Grund- und Gemeinschaftsschulen** der Stadt Gera (Hortgebührensatzung – 59/2013)

Den **Rahmenplan Verkehrsverbund Mittelthüringen 2013 – 2017** (47/2013) und

Die **Abwägung und 1. Änderungssatzung Bebauungsplan B/73/96 „Gewerbegebiet Zoche“**.